

Hildebrandt, Eckart

Book Part — Digitized Version

Gewerkschaftliche Umweltschutzpolitik: Anforderungen und Perspektiven eines neuen Politikfeldes

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Hildebrandt, Eckart (1994) : Gewerkschaftliche Umweltschutzpolitik: Anforderungen und Perspektiven eines neuen Politikfeldes, In: Eckart Hildebrandt, Gundrun Linne, Rainer Lucas, Gerda Sieben (Ed.): Umweltschutz und Arbeitsschutz zwischen Eigenständigkeit und Gemeinsamkeit: vom Programm zur Praxis, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, pp. 57-70

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122492>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

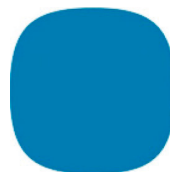
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Gewerkschaftliche Umweltschutzpolitik – Anforderungen und Perspektiven eines neuen Politikfeldes

1. Einleitung

Umweltschutz ist, wie in einer Vielzahl von gewerkschaftlichen Veröffentlichungen festgestellt wird, ein seit langem bekanntes und für die Gewerkschaften wichtiges Thema. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Umweltpolitik in den gewerkschaftlichen Themenkanon aufgenommen ist und (neben dem ökonomischen und dem sozialen) zunehmend zum dritten programmatischen Bezugspunkt von Gewerkschaftspolitik geworden ist. Das Problem liegt eher darin, inwieweit die ökologische Dimension neue gewerkschaftliche Handlungsfelder und Strategien notwendig macht und inwiefern Ökologie als Querschnittsthema zu einer Reflexion der bisherigen Gewerkschaftspolitik in den Kernbereichen von Interessenvertretung geführt hat. Hierzu wird im folgenden insofern eine kritische Position vertreten, als herausgearbeitet wird, daß die arbeitspolitischen Dimensionen von Umweltpolitik bisher nur sehr eingeschränkt und selektiv erkannt und als gewerkschaftliches Aufgabenfeld akzeptiert worden sind. Hierin liegt sowohl eine Breiten- als auch eine Tiefendimension.

Mit der Breitendimension ist gemeint, daß Umweltpolitik aus einer Vielzahl von Themenfeldern besteht, die, auf unterschiedliche Weise, direkt oder indirekt mit arbeitspolitischen Sachverhalten oder Entwicklungen verknüpft sind. Die Charakterisierung gewerkschaftlicher Politik als selektiv bezieht sich auf die Tatsache, daß sich die gewerkschaftliche Wahrnehmung von umweltpolitischen Anforderungen im wesentlichen auf die Überschneidungen mit dem Arbeits- und Gesundheitsschutz und auf die Auswirkungen im Bereich der Gefährdung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen konzentriert.

Mit der Tiefendimension wird der Sachverhalt angesprochen, daß umweltpolitische Verantwortung und umweltverantwortliches Handeln weitgehend den staatlichen Instanzen und den Unternehmensleitungen zugeordnet bzw. an diese delegiert werden. Die Verbindungen zwischen bisherigen gewerkschaftspolitischen Strategien und Umweltzerstörung bzw. zwischen zukünftigen Anforderungen an eine umweltverträgliche Entwicklung und gewerkschaftliche Tarifpolitik dagegen werden weitgehend ignoriert. So sind bisher die Zusammenhänge zwischen der konkreten Arbeitstätigkeit der einzelnen Arbeitnehmer und der Umweltbelastung, zwischen der Einkommenssituation der einzelnen Arbeitnehmer, Lebenshaltungskosten und Umweltschutz, der durch Umweltzerstörung induzierten Gesundheitsbelastungen sowie letztlich auch zwischen langfristig notwendigen Wirtschaftsstrukturveränderungen und Beschäftigung kaum ernsthaft in den Blick genommen.

Es soll hier keinesfalls ein platter Anspruch aufgebaut werden, daß die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften im umfassenden Sinne für die Umweltschädigungen und für zukünftige Umweltschutzmaßnahmen zuständig und verantwortlich seien. Aber auch wenn man anerkennt, daß die Gewerkschaften als Interessenverband nur bestimmte Interessen vertreten können und sollen, so ist doch erst einmal der umweltpolitische Gesamtzusammenhang zu betrachten, um dann in einem zweiten Schritt Konsequenzen aus dem eigenen Beitrag zum Problem und der indirekten Betroffenheit durch Maßnahmen anderer zu ziehen und in einem dritten den eigenen Interventionsbereich präzise abzustechen und dabei mit anderen gesellschaftlichen Akteuren zu kooperieren. Die Gewerkschaften sind dagegen (in diesem relativ neuen Themenfeld und auch im Vergleich mit anderen gesellschaftlichen Akteuren überhaupt nicht ungewöhnlich) sehr reaktiv, defensiv und pragmatisch an dieses neue Thema herangegangen. Das hat dazu geführt, daß das umweltpolitische Thema bei den Gewerkschaften bisher nur sehr randständig und auffällig unbestimmt angelagert ist. Sowohl die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen als auch die Arbeitnehmer selbst sehen bei den Gewerkschaften kein prägnantes umweltpolitisches Mandat, und es scheint noch keineswegs ausgemacht, mit welchen Themenfeldern und in welcher Weise die Gewerkschaften sich zukünftig umweltpolitisch profilieren werden. Momentan eröffnet sich zwischen einer konservativ-protektionistischen und ständischen Interessenpolitik auf der einen Seite und einem erweiterten gesellschaftspolitischen, zukunftsorientierten Mandat ein sehr breites Feld von Politikmöglichkeiten, in dem sich die Gewerkschaften verhalten müssen und das einerseits Risiken der Überforderung der Organisation in sich birgt, auf der anderen Seite aber auch große Chancen einer Modernisierung, Neudefinition und Stärkung der Gewerkschaftsbewegung.

2. Arbeitsschutz und Umweltschutz

Neben dem allgemeinen beschäftigungspolitischen Argument, das bereits seit den siebziger Jahren z.B. im Rahmen von großen Umwelteinvestitionsprogrammen eine erhebliche Rolle gespielt hat, verlief der entscheidende Zugang der Gewerkschaften zur Umweltpolitik über den Arbeits- und Gesundheitsschutz. Die folgende Formulierung von Wolfgang Hien faßt diesen Tatbestand prägnant zusammen:

„Eine ökologisch orientierte Politik muß daher am betrieblichen Arbeits- und Umweltschutz ansetzen. Strukturveränderungen sind hierbei nur denkbar, wenn beide Bereiche als Einheit gesehen werden. Als inhaltliche Klammer bietet sich der Gesundheitsaspekt an – dies aus vielen Gründen:

- Die Gesundheitszerstörung bzw. die steigende Zahl chronischer Krankheiten ist unmittelbar erfahrbar;
- die Sensibilisierung durch Umweltprobleme macht sich vorwiegend an der Sorge um die Gesundheit und die unserer Kinder fest,

- die Ursachen der Gesundheitszerstörung sind unmittelbar oder mittelbar auch Ursachen der Naturzerstörung;
- in der Durchführung betrieblicher Gesundheitsschutzprogramme liegt die Chance ökologischer Neuerungen;
- nicht zuletzt bieten sich auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung eine Reihe von Mitbestimmungs- und Aktivierungsmöglichkeiten an.“¹

Die hier zusammengetragenen Argumente sind ohne Zweifel wichtig und die bisherige betriebliche Praxis hat erwiesen, daß die Verknüpfung von Umweltschutz und Arbeitsschutz insbesondere im Bereich der Schadstoffe sehr eng ist und in einer Vielzahl von Initiativen zu einer betrieblichen Mobilisierung und umweltpolitisch relevanten Erfolgen geführt hat (Kontrolle des Einsatzes von Schadstoffen und ihre Reduzierung, Einsatz von Ersatzstoffen). Dennoch bedürfen diese Argumente der Ergänzung, insbesondere deshalb, weil sie erstens die Grenzen der Übereinstimmung bzw. die Bereiche der Nicht-Übereinstimmung nicht benennen und zweitens keine Analyse der Probleme enthalten, die sich in der Geschichte des Arbeits- und Gesundheitsschutzes herausgestellt haben und die mit der Übertragung der arbeitsschützerischen Politiktradition auf den Umweltschutz mitübertragen würden. So bilanziert Bruno Zwingmann 1993:

„Gemessen an den Vorteilen eines systematischen Gesundheitsschutzes gleicht es (das Arbeitsschutzsystem) bis heute eher einem Flickenteppich mit großen Löchern und Defiziten gerade in den wesentlichen Bereichen. Weder war der Arbeitsschutz jemals in seiner Geschichte auf die wirkliche Struktur der Gesundheitsrisiken in der Arbeitswelt ausgerichtet, noch kann von einem wirksamen Schutzsystem auf allen Stufen eines systematischen Arbeitsschutzes hinweg gesprochen werden.“²

Ich will im folgenden versuchen, systematisch Gemeinsamkeiten und Differenzen zwischen Arbeits- und Umweltschutz herauszuarbeiten (vgl. Schaubild 1) und dabei vier Aspekte hervorheben.

Bezüglich der den Schutzpolitiken zugrunde liegenden Ursachen zeigen sich weitgehende und prinzipielle Übereinstimmungen insofern, als in beiden Politikbereichen eine Überforderung der Leistungs- und Regenerationsfähigkeiten natürlicher Ressourcen einschließlich der menschlichen Arbeitskraft stattfindet und die Strategie der Externalisierung von Folgen betrieblicher Tätigkeit auf das Individuum und die Gesellschaft verfolgt werden. Wir sehen hier eine fundamentale Gemeinsamkeit in den verursachenden gesellschaftlichen Zusammenhängen und eine Differenz darin, daß diese Folgen beim Arbeitsschutz und beim Umweltschutz in unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilsystemen bearbeitet werden (Sozialpolitik und Umweltpolitik).

1 In: Die Mitbestimmung 11/12 1990, S. 715

2 Manuskript AfA '93, S. 3

ARBEITS- UND UMWELTSCHUTZ - GEMEINSAMKEITEN und DIFFERENZEN

I URSACHEN

- Überforderung der Leistungs- und Regenerationsfähigkeit natürlicher Ressourcen
- Externalisierung vom Betrieb auf Individuum und Gesellschaft
- unterschiedliche gesellschaftliche Teilsysteme

II FOLGENDIMENSIONEN

- Gesundheit ("Wertegemeinschaft") (individuell + betriebsbezogen) (an Arbeit gebunden)
- UWS: Gesundheit bezogen auf ganze Gesellschaft und zukünftige Generationen
- UWS: genutzte und freie Natur (nicht an Arbeit gebunden)

III BEARBEITUNG

- Anlaß: Skandalisierung
- Instrumente:
 - gesetzl. Standards (Normierung)
 - unternehmerische Verantwortung
 - Kontrollbehörden und betriebl. Beauftragte (Institutionalisierung)
 - Zusammenarbeit mit außerbetrieblichen Experten
- UWS: kein Zugriff der betrieblichen Interessenvertretung/Gewerkschaften
- Lösungen:
 - technischer Gefahrenschutz mediz. Gesundheitsschutz
 - mediale Politik
 - Verwissenschaftlichung
 - Mensch als "Schutzobjekt"
 - additive und partikuläre Politik
- Interessenkonflikte (Geld, Einfluß)

IV PROBLEME

- Prävention statt Gefahrenabwehr und Bestandssicherung
- Nachrangigkeit als unproduktive Bereiche (Kostenbetrachtung)
- Umsetzungsprobleme:
 - Zuständigkeit, Macht, Kompetenz
 - Kapazität
 - unterschiedliche Rationalitäten
 - Fraktionierung (betriebl. Belastungsgruppen)
- UWS: zusätzliche Fraktionierung nach gesellschaftlichen Funktions- und Nutzungsgruppen
- Umbruchphase:
 - neue Belastungsmuster und -folgen
 - neue Regulierungsformen (Beteiligung, soziale Gestaltung)
- Aktuelle Politisierung des UWS auf Kosten des Arbeitsschutzes (Mediation)
- Phase und Träger der Thematisierung

Auch bezüglich der Folgendimensionen gibt es eine zentrale Gemeinsamkeit, die darin liegt, daß sowohl im Arbeits- als auch im Umweltschutz die Gesundheit der Menschen im Mittelpunkt steht. Der Unterschied zwischen beiden Politikfeldern liegt darin, daß beim Arbeits- und Gesundheitsschutz der Gesundheitsaspekt an Arbeit gebunden ist und sich auf den einzelnen Beschäftigten im Betrieb bezieht. Im Umweltschutz dagegen wird Gesundheit auf die ganze Gesellschaft und auf zukünftige Generationen bezogen und hat damit einen Geltungsbereich, der über Betriebs- und Gewerkschaftspolitik weit hinausgeht. Hinzu kommt, daß der Umweltschutz neben der menschlichen Gesundheit auch der genutzten und freien Natur ein Recht auf Eigenständigkeit und Unversehrtheit zugesteht.

Ebenso beim dritten Komplex, der Problembearbeitung, können wir durchaus ähnliche Muster feststellen: Anlaß der Bearbeitung sind im wesentlichen gesellschaftliche Skandale, im Arbeitsschutz seit Beginn der Arbeiterbewegung, im Umweltschutz im wesentlichen erst seit Anfang der siebziger Jahre. Die Instrumente der Problembearbeitung sind in beiden Politikbereichen die Durchsetzung gesetzlicher Standards, die Einforderung der unternehmerischen Verantwortung, der Aufbau von staatlichen Kontrollbehörden und die Einsetzung betrieblicher Beauftragter, die Unterstützung betrieblicher Schutzpolitik durch die Zusammenarbeit mit außerbetrieblichen Experten. Auch bei den Lösungen sehen wir starke Parallelen: technischer Gefahrenschutz und medizinischer Gesundheitsschutz, eine medienorientierte Politik, eine zunehmende Verwissenschaftlichung und die Behandlung des Menschen nicht als handelndes und gestaltendes Subjekt, sondern als Schutzobjekt. Eine in unserem Rahmen wichtige Differenz besteht darin, daß bei der Bearbeitung von Arbeitsschutzproblemen aufgrund der engen Bindung dieser Schutzpolitik an Arbeit im Betrieb von Anfang an ein starker Zugriff von betrieblichen Interessenvertretungen und Gewerkschaften institutionalisiert ist. Der Arbeitsschutz zählt zu den klassischen Interessenkonflikten zwischen dem Interesse des Unternehmens an möglichst weitgehender und effektiver Leistungsverausgabung bei einer Minimierung der diesbezogenen Kosten und auf der anderen Seite dem Interesse des Arbeitnehmers an der Erhaltung seiner lebenslangen Leistungsfähigkeit und der Durchsetzung einer erträglichen Arbeitssituation. Die Interessenvertretung der Arbeitnehmer, ihre Organisation, Schulung und Beratung ist Kern gewerkschaftlicher Arbeitsschutzpolitik.

Wenn wir abschließend die Schwierigkeiten betrachten, die sich in der Geschichte des Arbeitsschutzes herausgebildet haben, und sie mit den Schwierigkeiten vergleichen, die wir inzwischen bei der Durchsetzung des Umweltschutzes beobachten können, finden wir wiederum eine Vielzahl von Gemeinsamkeiten: die Schwierigkeiten einer präventiven Wende, die Nachrangigkeit dieser Schutzpolitiken insbesondere in wirtschaftlich schwierigen Phasen, massive Umsetzungsprobleme von Programmen und Gesetzen in betriebliche Wirklichkeit. Und wir sehen eine gemeinsame Umbruchphase und d.h. auf der einen Seite die Infragestellung tradierter Politikformen, auf

der anderen Seite aber neue Möglichkeiten und Perspektiven von Arbeitsschutz- und Umweltschutzpolitik. Der Unterschied liegt in neuen Belastungsmustern und neuen Belastungsfolgen sowie neuen Beteiligungsformen im Betrieb, die sich nicht nur auf den Arbeits- und Gesundheitsschutz, sondern z.B. auch auf die Arbeits- und Technikgestaltung, auf das Qualitätsmanagement und auf Leistungsvereinbarungen beziehen. In diesem Zusammenhang zeigt sich, in welchem Maße die in der Regel sehr partikularistisch betrachteten und behandelten Politikbereiche Arbeitsschutz und Umweltschutz eingebettet sind in generelle unternehmenspolitische Entwicklungen, und in welchem Maße Interdependenzen zwischen diesen verschiedenen Politikfeldern z.B. in bezug auf die Rolle der Beschäftigten im Innovationsprozeß bestehen. Ein durchaus wichtiger Aspekt bei den Bearbeitungsproblemen liegt darin, daß aufgrund der hohen Aktualität und der hohen Politisierung des Umweltschutzes befürchtet wird, daß der traditionelle und wenig populäre Arbeitsschutz nicht nur im Windschatten des Umweltschutzes mitgezogen werden kann, sondern evtl. zugunsten des Umweltschutzes an Ressourcen und Einfluß verliert. Dieser Aspekt begründet, wenn man eine Vielzahl gewerkschaftlicher Äußerungen Revue passieren läßt, die verbreitete Zurückhaltung von Arbeitsschützern gegenüber dem Umweltschutz und ihre protektionistische Strategie, den Umweltschutz nur in Form eines erweiterten Arbeitsschutzes als gewerkschaftliche Aufgabenstellung zu organisieren.

Zusammenfassend können wir feststellen, daß Arbeitsschutz und Umweltschutz bezüglich Ursachen, Folgendimensionen, Bearbeitungsformen und Bearbeitungsproblemen weitgehend gemeinsame Grundlagen haben, daß der Umweltschutz in seinem Zugriff auf die Gesundheit der ganzen Gesellschaft und die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen sowie auf die Rechte der Natur wesentlich weiter gefaßt ist und daß aufgrund ihrer unterschiedlichen Politikfelder durchaus Konflikte um Einfluß und Ressourcenverteilung zwischen diesen entstehen können.

3. Verstärkungseffekte zwischen Arbeitsschutz und Umweltschutz

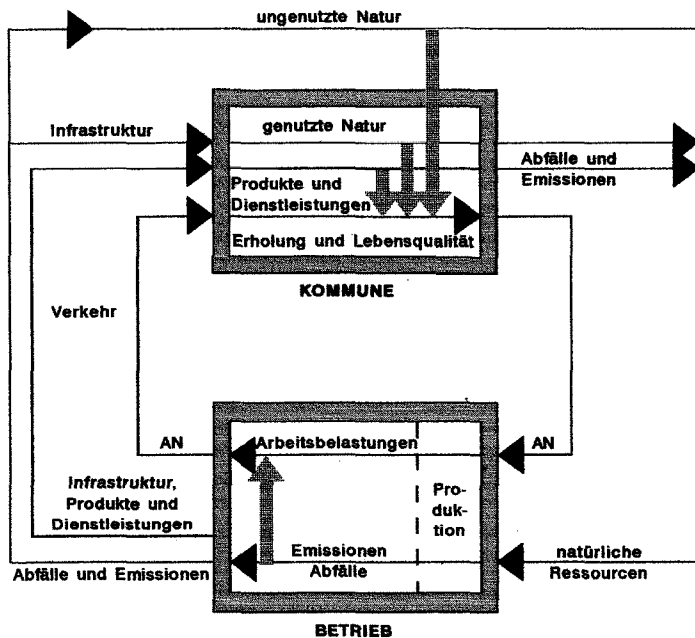
Aus der vorausgegangenen Bilanz zwischen Gemeinsamkeiten und Differenzen sollen im folgenden zwei grundlegende Gesichtspunkte herausgegriffen werden. Im ersten Schritt werden die positiven Synergien zwischen Arbeitsschutz und Umweltschutz herausgestellt, die das Argument unterstützen, Arbeitsschutz und Umweltschutz im Sinne einer gegenseitigen Verstärkung zu verknüpfen. Im Schaubild 2 sind die Wirkungskreisläufe des Arbeitsschutzes und des Umweltschutzes zusammengestellt; es zeigt einen doppelten Verstärkungseffekt. Im Betrieb wird der Arbeitnehmer nicht nur durch die Arbeitssituation selbst belastet, sondern auch durch den Kontakt mit Gefahrstoffen und durch Lärm, die sich zu einer Gesamtbelastungssituation kumulieren. Über die letzten Jahrzehnte lassen sich auf der einen Seite große

Erfolge des technischen Arbeitsschutzes feststellen, eine massive Verringerung des betrieblichen Unfallgeschehens, die aber auf der anderen Seite im Zuge der Chemisierung der Produktion durch neue Gesundheitsgefährdungen kompensiert werden. Wenn man sich die Berufskrankheiten 1990 in Westdeutschland ansieht, so finden wir mit den Hauterkrankungen, der Lärmschwerhörigkeit, den allergischen Atemwegserkrankungen, der Silikose und der Asbestose einen Großteil der Ursachen in der Gefahrstoffexposition des Arbeitnehmers.³

Der zweite Verstärkungseffekt tritt in der Freizeit ein, die dem Arbeitnehmer zur Erholung und zum Genuß einer bestimmten Lebensqualität dient. Die Möglichkeiten der Erholung bzw. der Aufwand, der für die Herstellung erholungsfördernder Lebensbedingungen notwendig ist, steigt dadurch, daß immer weniger ungenutzte Natur zur Verfügung steht, daß die Qualität der genutzten Natur schlechter wird und daß die Lebenssituation direkt durch Immissionen in die kommunale Umwelt beeinträchtigt wird.

Dieser doppelte Verstärkungseffekt von Arbeits- und Umweltbelastungen hat natürlich Kostenauswirkungen. Die Aufwendungen der Arbeitnehmer für die Regeneration und Gesunderhaltung nehmen sowohl in bezug auf die Gewährleistung gesunder Umgebung und Ernährung als auch in bezug auf die Behandlung bereits eingetretener Krankheiten und Schädigungen zu. Um die Dimensionen dieses Problems nur einmal anzudeuten: Der Bundesumweltminister Klaus Töpfer hat in der Beantwortung auf eine Kleine Anfrage zwar keine umfassenden Angaben über durch Umweltfaktoren verursachte Krankheiten machen können. Es lagen aber einige Angaben über Krankheitskosten vor: Zum Beispiel belaufen sich die der Luftverschmutzung anzulastenden Mehrkosten für die Behandlung von Atemwegserkrankungen auf 2,6 Mrd. DM und von Herz-Kreislauf-Erkrankungen auf 2,8 Mrd. DM im Jahr. Die Krankheitskosten durch Lärm, der Anteil der Herz-Kreislauf-Erkrankungen durch Straßenlärm beträgt zwischen 0,9 und 3,6 Mrd. DM, durch Fluglärm 0,2 Mrd. DM und am Arbeitsplatz zwischen 1,2 und 2,6 Mrd. DM.⁴ An diesen Zahlen wird deutlich, welche Einkommensrelevanz das Umweltthema hat.

Abschließend möchte ich noch auf eine wichtige Perspektive hinweisen, die aus dieser Betrachtung folgt: die enge Verknüpfung zwischen Arbeits- und Lebenswelt. Es hat sich in unseren Untersuchungen zur unternehmensbezogenen Umweltpolitik sehr deutlich gezeigt, daß die Betriebsgrenze, d.h. die Grenze zwischen inner- und außerbetrieblichen Akteuren und Regelungsmechanismen nach wie vor eine entscheidende Rolle spielt, daß Arbeits- und Lebenswelt streng getrennt werden auch im Verhalten und im Bewußtsein der Arbeitnehmer. Wir ersehen gerade aus dieser Betrachtung, wie eng Arbeitsstil und Lebensstil zusammenhängen und daß Maßnahmen der Risikoverminderung und -vermeidung in beiden Bereichen verankert sein müssen. Beide Bereiche haben eigenständige Umweltbelastungs- und Umweltschutzpotentiale, sind aber gleichzeitig über den Mechanismus der Externalisierung eng miteinander verbunden.

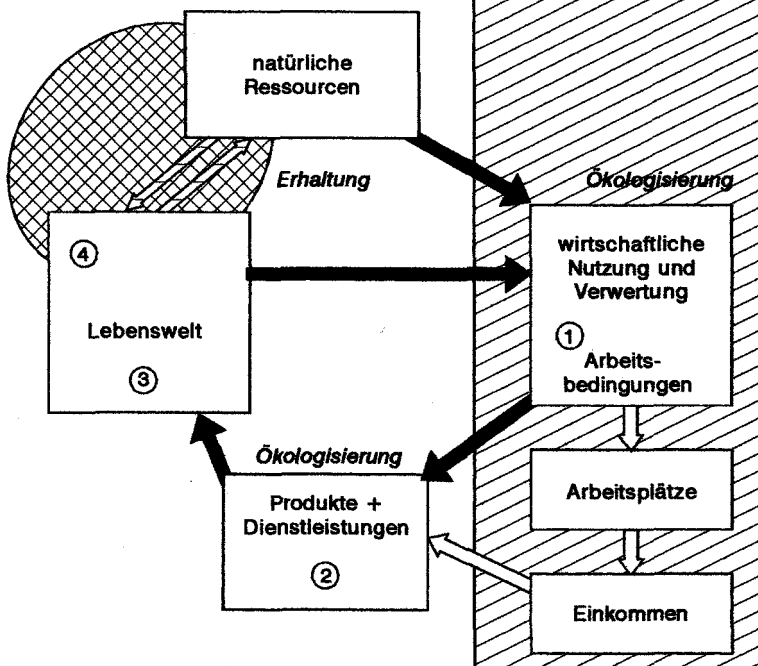


**VERSTÄRKUNGSEFFEKTE DES
UNTERLASSENEN UMWELTSCHUTZES**

2

H/WZB, 3/94

AUS2-KI-CH3



Aufgaben:

1. Ökologisierung von Produktion, Produkten und Dienstleistungen, Effizienzsteigerung (1, 2)
2. Ökologischer Konsum (Auswahl und Einschränkung) (2, 3)
3. Stärkung des direkten Austauschs mit der Natur (4)

**AUSBLENDUNGSEFFEKTE
DES ARBEITSUMWELTSCHUTZES**

3

HI/WZB, 3/94

AUSB-WZB 93

4. Ausblendungseffekte des Arbeitsumweltschutzes

Bereits bei dem systematischen Überblick über Gemeinsamkeiten und Differenzen im Arbeitsumweltschutz waren einige Aspekte aufgetreten, in denen der Umweltschutz über die Reichweite der Arbeitsschutzproblematik hinausging. Bei der Folgendimension bezieht sich der Umweltschutz auf die ganze Gesellschaft und zukünftige Generationen und nicht nur auf den Menschen, sondern auf die gesamte genutzte und freie Natur. Dieser Zusammenhang wird in Schaubild 3 ausführlicher dargestellt. In diesem Schaubild werden vier gesellschaftliche Bereiche unterschieden, die umweltrelevant sind und die durch den Wirtschaftskreislauf berührt werden, aber nicht im Einzugsbereich gewerkschaftlicher Interessenvertretung liegen.

Der gewerkschaftliche Einflußbereich beschränkt sich im wesentlichen auf die Herstellung von Produkten und Dienstleistungen mit ihren Auswirkungen auf Arbeitsbedingungen, Einkommen und Arbeitsplätze.

Direkt im Zusammenhang damit stehen die hergestellten Produkte und Dienstleistungen, die aber außerhalb der Unternehmenssphäre zur Wirkung kommen und die im Spannungsfeld zwischen Unternehmensstrategien und Kundeninteressen weiterentwickelt werden. Dieser zweite Bereich liegt außerhalb der traditionellen Interessendefinition, obwohl die Arbeitnehmer in dreifacher Weise involviert sind, nämlich als Produzenten, als Konsumenten und als Betroffene der Herstellung und Nutzung dieser Produkte und Dienstleistungen.

Der dritte Zusammenhang ist mit dem Komplex Lebenswelt charakterisiert. Gemeint sind hier die Lebensstile der Arbeitnehmer, ihr Konsum- und Freizeitverhalten, der Ersatz von Natur durch Waren und Dienstleistungen sowie der Verbrauch natürlicher Ressourcen z.B. in der Freizeitgestaltung.

Damit ist ein vierter Komplex angesprochen, nämlich die Eigenrechte der Natur, die ständig sowohl von Produktions- als auch von der Konsumtionsseite her eingeschränkt werden. Die Umweltproblematik umfaßt alle diese vier Teilbereiche, während sich der gewerkschaftliche Zugriff auf das Umweltthema im wesentlichen auf den Teilbereich 1 beschränkt.

Wichtig ist vielleicht der Hinweis, daß dies nicht immer so war, sondern daß die Einschränkung von Gewerkschaftspolitik auf Industrie- und Betriebspolitik ein Produkt des Zerfalls der Arbeiterbewegung ist, die ehemals entsprechend dem Vier-Säulen-Modell der Arbeiterbewegung auch eigenständige Interessendefinitionen und Strategien im Bereich der Lebens- und Konsumstile einschloß. Wie wir sehen, hat diese Entwicklung zu einer Vereinseitigung und Selektivität des Interessenbegriffs geführt, die das umfassende Ziel der „Erhaltung der Lebensqualität“ auf eine historische Leer-Formel reduziert.

Die wichtigste Aussage in diesem Abschnitt besteht darin, den umfassenden und integrierenden Charakter des Umweltaspekts hervorzuheben und damit

die Verknüpfung originärer gewerkschaftlicher Themen mit anderen gesellschaftlichen Gestaltungsbereichen zu verdeutlichen. Dadurch wird nicht die Notwendigkeit der Konzentration auf die Themenfelder Arbeitsbedingungen, Einkommen, Arbeitsplätze bestritten, sondern auf ihre enge Verknüpfung mit lebensweltlichen und natürlichen Entwicklungen hingewiesen. Dahinter steht die Aussage, daß nur bei der Realisierung und Berücksichtigung dieser Gesamtzusammenhänge eine längerfristige und perspektivische Interessenvertretung im Bereich der Arbeitswelt möglich ist.

Die Reflexion des Zusammenhangs zwischen Arbeits- und Lebensstil steht, wie bereits früher angedeutet, erst am Anfang. Ohne hier näher darauf eingehen zu können, möchte ich darauf hinweisen, daß die zukünftigen Entwicklungsbedingungen den Fragen der Lebenswelt und der Lebensstile eine neue Qualität zumessen. Die bisher gültigen Vorstellungen von Vollbeschäftigung und steigendem Lebenswohlstand dürften auch im nationalen Rahmen endgültig der Vergangenheit angehören, ganz abgesehen davon, daß nationale Sonderbedingungen immer weniger aufrechtzuerhalten sind. Massen- und Dauerarbeitslosigkeit, der Kostendruck auf die soziale Sicherung, Arbeitszeitverkürzung und Einkommensminderung machen neue Lebensformen notwendig, in denen Eigenarbeit und direkter Austausch mit der Natur (Subsistenz) einen höheren Stellenwert gewinnen. Diese neuen Lebensstile sind möglicherweise noch umweltbedrohender als die proklamierten ökologischen Wachstumsmodelle. Auf der anderen Seite enthalten sie evtl. aber auch Möglichkeiten anderer Lebensformen, in denen mit weniger Einkommen und weniger Erwerbsarbeit dennoch Erholung und Wohlbefinden in einem größeren Einklang mit der Natur lebbar sind.

5. Kosten und Nutzen ökologischen Verhaltens

Um die Brisanz der umweltpolitischen Betrachtung noch einmal deutlicher zu machen, möchte ich abschließend das Problem getrennter politischer Teilsysteme, der Externalisierung von Kosten und die Schizophrenie zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Rollen, in der jeder einzelne von uns befangen ist, darstellen. In den Schaubildern 4.1 und 4.2 habe ich die Vorteile der Vernachlässigung des Umweltschutzes den Nachteilen unterlassenen Umweltschutzes aus der Sicht eines einzelnen Arbeitnehmers idealtypisch gegenübergestellt. Dieses Schaubild soll dazu dienen, die Verhaltenskalküle des einzelnen Arbeitnehmers deutlicher werden zu lassen und die Hindernisse zu analysieren bei der Verstärkung des Umweltschutzhandelns im Betrieb. Wenn wir die vier Bereiche Arbeitstätigkeit, Gesundheit, Einkommen und Arbeitsplätze ansehen, so wird deutlich, daß es

1. eine Vielzahl von Vorteilen der Vernachlässigung des Umweltschutzes gibt, die
2. vorwiegend in den Bereichen der Arbeitstätigkeit und des Einkommens liegen,

3. sich die Nachteile unterlassenen Umweltschutzes dagegen auf den Bereich der Gesundheit konzentrieren,
4. wir insgesamt eine hohe Ambivalenz zwischen Vor- und Nachteilen in den einzelnen Themenfeldern und auch in der Gesamtschau finden, die notwendigerweise zu Verhaltensunsicherheiten bzw. inkonsistentem Verhalten des einzelnen Arbeitnehmers führen und
5. die Weite der Zuständigkeits- und Interessendefinition von Mitgliedern und Gewerkschaften entscheidend für die verfolgten Strategien und Verhaltensweisen ist.

Die Übersicht macht die Kosten und die Schwierigkeiten eines erweiterten Ansatzes deutlich, zeigt meines Erachtens aber auch die Chancen, die darin liegen, die Rolle der Beschäftigten nicht zu eingegrenzt auf betriebliche Funktionalität zu definieren. Bezüglich der Interessenvertretung ist klar, daß Gewerkschaften keineswegs sämtliche Bereiche abdecken können, sondern viel stärker themenspezifische Vernetzungen und Kooperationen mit außerbetrieblichen Bewegungen und Institutionen angestrebt werden müssen, wie sie bei einzelnen aktiven Arbeitnehmern bereits vorzufinden sind. Die Zukunft dürfte in Organisationsformen liegen, bei denen Arbeitnehmer z.B. in der Kommune Mitglied in Umweltgruppen sind und im Betrieb Mitglied der Gewerkschaften, um dann in verschiedenen betrieblichen und überbetrieblichen Gremien die verschiedenen Interessenlagen auszuhandeln und konsistente Strategien zu verfolgen.

Die vorhandenen, begrenzten Ansätze gewerkschaftlicher Umweltpolitik in den Bereichen der Industrie- und Regionalpolitik, der Tarif- und Betriebspolitik sind in anderen Darstellungen bereits vorgestellt worden (u.a. Zimpelmann), weshalb hier nicht noch einmal darauf eingegangen werden soll.

Vorteile der Vernachlässigung des Umweltschutzes

Nachteile unterlassenen Umweltschutzes

I ARBEITSTÄTIGKEIT

- Entlastung von körperlichen Belastungen und zeitlichen Anforderungen (z. B. Reinigungs- und Klebemittel)
- Entlastung von Informations- und Qualifizierungsanforderungen (Delegation an Zuständige/Experten)
- Entlastung von Verantwortung für vor- und nachgelagerte Wirkungen
- Entlastung von Kooperations- und Abstimmungserfordernissen
- Konfliktvermeidung durch Einhaltung von Rollenerwartungen und organisatorischen Normen

II GESUNDHEIT

- Fallweise Bevorzugung des Gesundheitsschutzes bei Zielkonflikten zwischen betrieblichem Gesundheitsschutz und Umweltschutz
- o Ausweitung der Freizeitmöglichkeiten
- Verstärkung der Gefährdung im Betrieb (Schadstoffe, Lärm, Strahlung etc.)
 - o zusätzliche Gefährdung in der Freizeit
 - a) strukturell (Luft, Boden, Wasser, Lärm)
 - b) in Abh. vom individuellen Konsumstil
 - o Einschränkung der Erholungsmöglichkeiten
 - o Einschränkung der Möglichkeiten der Eigenarbeit (z. B. Kleingarten)

- = unmittelbar arbeitsbezogen
- o = stärker auf das Arbeitsleben bezogen

**ARBEITSPOLITISCHE DIMENSIONEN DER
UMWELTGEFÄHRDUNG (KOSTEN-NUTZEN-Abwägung
aus der Sicht der einzelnen Arbeitnehmer)**

4.1

HI/WZB, 3/84

ALU-100-10

Vorteile der Vernachlässigung des Umweltschutzes

Nachteile unterlassenen Umweltschutzes

III EINKOMMEN

- Sicherung variabler Einkommensanteile aufgrund von Umweltbelastungen (Arbeitsbewertung: Lärm, Staub etc.)
 - indirekte Abzüge durch Steuern und Abgaben für gesellschaftliche Kosten des Umweltschutzes (z. B. Altlasten)
- Verbilligung umweltintensiven Konsums durch Externalisierung der Kosten (z. B. Auto)
 - Steigerung der Lebenshaltungskosten durch steigenden Aufwand für gesunde Ernährung und Lebenshaltung (Zeit + Geld)

IV ARBEITSPLÄTZE

- Arbeitsplatzsicherung im Bereich nachsorgender Umweltschutzaufgaben (Altlastensanierung, Entsorgung etc.)
 - prinzipielle Verunsicherung aufgrund steigender Abhängigkeit von neuen Erkenntnissen und gesellschaftspolitischen Konstellationen
- Arbeitsplatzabbau durch sinkende Nachfrage und steigende Kosten von umweltriskanten Produktionen/Produkten

Resümee

1. Interessenambivalenzen bei den Arbeitnehmern
2. Bedeutung der Interessen- und Zuständigkeitsdefinition durch Mitglieder(gruppen) und Gewerkschaften (Selektivität und Gewichtung: Betrieb, Lohnarbeit, Gesundheit)
3. Kooperation im öffentlichen Raum
4. Veränderte Rolle der Beschäftigten

**ARBEITSPOLITISCHE DIMENSIONEN
DER UMWELTGEFÄHRDUNG**
(aus der Sicht der einzelnen Arbeitnehmer)

4.2

HI/WZB, 3/94

AUSGABE